



**AgEcon** SEARCH

RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

*The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library*

**This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.**

**Help ensure our sustainability.**

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

[aesearch@umn.edu](mailto:aesearch@umn.edu)

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

*No endorsement of AgEcon Search or its fundraising activities by the author(s) of the following work or their employer(s) is intended or implied.*

## Zusammenfassung

Im vorgelegten Beitrag wird der Außenhandel der Europäischen Gemeinschaft mit Sojaschrot einschließlich Schrotausbeute aus Sojabohnen im Zeitablauf von 1961 bis 1982 sowohl für die EG (10) insgesamt als auch nach einzelnen Mitgliedsländern dargestellt. Dabei wird die Nettoeinfuhr ermittelt und in ihrer Entwicklung sowie Länderstruktur aufgezeigt.

Weiterhin wird die Aufteilung des Außenhandels in Handel mit Sojaschrot und Handel mit Sojabohnen vorgestellt und interpretiert.

Außerdem wird eine Zeitreihenanalyse der Nettoeinfuhr an Sojaschrot einschließlich Schrotausbeute aus Sojabohnen durchgeführt, in der neben dem Trend der Einfuhrpreis für Sojabohnen bzw. der für Sojaschrot als erklärende Variable herangezogen werden. Die ermittelte Elastizität der Nettoeinfuhr, bezogen auf die Änderungen des realen Einfuhrpreises für Sojabohnen beträgt -0,29.

## Foreign trade of EC-member countries with soybean-meal

In the paper the foreign trade of the European Community with soybean-meal including the meal-equivalent of soybeans from 1961 to 1982 is discussed, for EEC (10) as a whole and for the separate member-countries. The size and the development of the net imports is shown.

Furthermore the foreign trade is divided in trade with soybean-meal and trade with soybeans.

A time-series analysis of the net imports of soybean-meal including the meal-equivalent of soybeans has been carried out. The equation with the real import-price for soybeans is more significant than the equation with the real import-price for soybean-meal. The computed elasticity of the net import with respect to variations of the real import-price for soybeans is -0.29.

## Literaturverzeichnis

Bertrand, J.-P., Laurent, C. und Leclercq, V.: Le monde du soja. - Paris 1983.

Beyer, V.: Der Weltmarkt für Eiweißfuttermittel - Analyse und Projektion. - Agrarmarkt-Studien, H. 25. Hamburg und Berlin 1977.

Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO): Trade Yearbook, 1982 a und frühere Ausgaben.

FAO: Production Yearbook, 1982 b und frühere Ausgaben.

FAO: Review of oilseeds, oils and oilmeals policies: Brazil. - CCP: OF 82/4. Rome 1982 c.

Gollnick, H.: Einführung in die Ökonometrie. - Stuttgart 1968.

Höh, H. und Wöhlken, E.: Außenhandel der EG mit Futtermittelprotein aus Ölsaaten. - Berichte über Landwirtschaft, (im Druck).

Hoffmeyer, M.: Öle und Fette. - In: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Die voraussichtliche Entwicklung der internationalen Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und ihre Folgen für die Gemeinschaft, III. Öle und Fette, Eiweißfuttermittel. Mitteilungen über Landwirtschaft, Nr. 36. Brüssel und Luxemburg 1977 a, S. 12-126.

Hoffmeyer, M.: Eiweißfuttermittel. - In: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Die voraussichtliche Entwicklung der internationalen Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und ihre Folgen für die Gemeinschaft, III. Öle und Fette, Eiweißfuttermittel. Mitteilungen über Landwirtschaft, Nr. 36. Brüssel und Luxemburg 1977 b, S. 127-200.

Kersten, L.: Der Preiszusammenhang am Weltfettmarkt. - Agrarwirtschaft 31 (1982), H. 11, S. 340-348.

Schumacher, K.-D.: Tendenzen des Getreideanbaues in Ländern der EG. - DLG-Mitteilungen 98 (1983), H. 17, S. 977-978.

Schumacher, K.-D. und Höh, H.: Zur Ermittlung kostenminimaler Futtermischungen für Mastschweine bei unterschiedlichen Preisen für einzelne Komponenten. - Kraftfutter 67 (1984), H. 3, S. 74-77.

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG): Analytische Übersichten des Außenhandels. NIMEXE export, 1982 und frühere Ausgaben.

Uhlmann, F.: Der Markt für Futtermittelleiweiß. - Kali-Briefe 12 (1975), S. 1-8, Fachgebiet 16: Agrarpolitik und Marktwirtschaft, 6. Folge.

Wöhlken, E. und Lauenstein, H.: Zur Wahl der Funktionsform in der empirischen Nachfrageanalyse. - Allgemeines Statistisches Archiv 53 (1969), H. 4, S. 346-365.

## Die Kollektivierung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Kuba

Dr. P. Gey, Frankfurt am Main\*)

## Einführung

Die kubanische Agrarreform hatte rund zwei Drittel der landwirtschaftlichen Gesamtfläche in die Hände des Staates überführt und das verbleibende Drittel landlosen Bauern - etwa 100 000 legale und illegale Pächter wurden in Eigentümer verwandelt - übereignet oder als Eigentum der bisherigen Besitzer anerkannt. Zwar verzichtete die Regierung Fidel Castros zunächst auf eine Kollektivierung der bäuerlichen Landwirtschaft, so daß Kuba bislang zu den wenigen kommunistisch regierten Ländern zählte, in denen ein privater Agrarsektor wesentlich zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln beitrug. Doch eine Entwicklung der kleinbäuerlichen Betriebe hielt die kubanische Staats- und Parteiführung langfristig aus „objektiven“ Gründen für ausgeschlossen. Sie setzte statt dessen alle Erwartun-

gen in die Entwicklung der Staatsgüter, die aufgrund des Einsatzes von moderner Technologie und agronomischen Kenntnissen die bäuerliche Kleinproduktion rasch zurückdrängen würde. Im Dezember 1975 - zehn Jahre nach Beendigung der Agrarreform - beschloß der I. Kongreß der Kommunistischen Partei Kubas (KPK) schließlich den Übergang zu Produktionsgenossenschaften.

Im vorliegenden Beitrag wird untersucht, aus welchen Erwägungen Mitte der siebziger Jahre der Aufbau eines Genossenschaftssystems für notwendig erachtet wurde. Der Darstellung des bisherigen Kollektivierungsverlaufs folgt eine

\*) Institut für Markt und Plan - Forschungsprojekt „Sozialismus und Industrialisierung“ - Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Gegenüberstellung der Produktionsentwicklung in der staatlichen und in der privaten Landwirtschaft. Sie gibt Aufschluß darüber, ob die Bildung von Produktionsgenossenschaften tatsächlich eine „objektive Notwendigkeit“ der Agrarentwicklung ist, wie in offiziellen Verlautbarungen behauptet wird.

### 1 Ausdehnung des Staatssektors

Zwei Jahre nach der Agrarreform - sie war 1965 offiziell für abgeschlossen erklärt worden - umfaßte der Privatsektor in der Landwirtschaft noch ca. 235 000 bäuerliche Eigentümer (Acosta, 1973, S. 156), die ca. 30 % der Gesamtfläche (vgl. Übersicht 1) und ca. 35 % der Nutzfläche (Mesa-Lago, 1978, S. 98) besaßen\*1). Da die Agrarreformgesetzte Betriebsaufteilungen untersagten, liegt die Zahl der Betriebe niedriger als die der Bauern. Sie betrug Mitte der sechziger Jahre zwischen 160 000 (Valdéz, 1980, S. 123) und 200 000 (Aranda, 1968, S.147). Die durchschnittliche Betriebsgröße lag demnach zwischen 13 und 17 ha. Nach einem Zensus aus dem Jahre 1965 entfielen auf etwa die Hälfte der Betriebe weniger als 7 ha (Aranda, 1968, S.147, 162).

In den ersten zehn Jahren nach Abschluß der Agrarreform wurde eine Kollektivierung der verbliebenen bäuerlichen Betriebe nicht erwogen. Staatlicherseits wären erhebliche Investitionen erforderlich gewesen, um Genossenschaftsbetriebe mit ihrer Größe angemessenen Produktionsmitteln auszustatten (Valdéz, 1980, S.125). Die Regierung bevorzugte, die vorhandenen Ressourcen für die Modernisierung des staatlichen Sektors der Landwirtschaft, dem sie eindeutig Entwicklungspriorität einräumte, einzusetzen (Aranda, 1968, S.155/156, 160-162). Umgekehrt bot die vergleichsweise geringe Leistungsfähigkeit der Staatsgüter den Bauern kein überzeugendes Beispiel für die angebliche Überlegenheit sozialistischer Produktionsformen (Ritter, 1975, S.148-150).

Die Zahl der Bauern, die Land und Inventar in eine Produktionsgenossenschaft (Sociedad Agropecuaria = Agrargesellschaft) auf freiwilliger Grundlage einbrachten, blieb gering (vgl. Übersicht 2). Als der V. Kongreß des Nationalen Kleinbauernverbandes ANAP (Asociación Nacional de Pequeños Agricultores) im Mai 1977 die Bedeutung „höherer“ Produktionsformen für die kubanische Landwirtschaft erörterte, waren von den Produktionsgenossenschaften der ersten Stunde nur noch 43 vorhanden. Wie ANAP-Präsident Ramírez auf dem Kongreß erwähnte, hatten die in den sechziger Jahren gegründeten Produktionsgenossenschaften nicht die notwendige staatliche Unterstützung erfahren und

allein aufgrund der Anstrengungen die Mitglieder überlebt (Ramírez, 1977, S.42)\*2).

Übersicht 2: Die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften 1963 - 1984

Zeit	Zahl	Mitglieder	Fläche* in ha	Ø	Anteil an Fläche des Privatsektors in %**
1963 (Jan.) 1)	328	3 884	37 131	113	1 11)
1965 (-) 2)	215	2 600	30 000	140	1 11)
1967 (Ende) 1)	126	1 511	19 685	156	-
1977 (Mai) 3)	44	-	6 052	137	-
1977 (Sept.) 4)	83	2 361	12 881	155	-
1978 (März) 5)	156	4 557	25 659	164	1 11)
1979 (Dez.) 6)	725	16 692	104 300	144	-
1980 (März) 7)	877	20 262	132 447	151	8
1980 (Dez.) 6)	1 035	29 535	212 900	206	12 12)
1981 (Dez.) 6)	1 128	39 519	383 400	340	24 13)
1982 (März) 3)	1 143	42 000	423 884	371	26 14)
1982 (Mai) 8)	1 140	-	530 090	465	35
1982 (Dez.) 6)	1 416	63 285	690 500	488	42 11)
1983 (Aug.) 9)	1 470	73 000	856 454	583	53
1984 (Feb.) 10)	1 472	82 600	939 400	638	56

\*Einschl. zur Nutzung übergebener staatlicher Flächen.-\*\*Gerundet.

Quelle: 1) Domínguez, 1978, S. 449. - 2) Rodríguez, 1965, S. 818. - 3) o. V., 1982, S. 38. - 4) o. V., 1977, S. 4. - 5) Alvarez, 1981, S.107/108. - 6) Anuario 1982, S. 210. - 7) Martín, 1980, S. 74. - 8) Castro, 1982, S. 72. - 9) Gómez, 1983, S. 4. - 10) Ramírez, in: Granma, 24.2.'84. - 11) Berechnet nach Übersicht 1. - 12) Leiva, 1981, S. 27. - 13) Aymerich, 1982, S. 28. - 14) González, 1982, S.4.

Während der Staat den Aufbau von Produktionsgenossenschaften „mehr bremste, als förderte“ (Gutelman, 1970, S.71), dehnte er gleichzeitig seinen Anteil an der landwirtschaftlichen Gesamtfläche weiter aus. Das zweite Agrarreformgesetz aus dem Jahre 1963 und die Verfassung von 1975 anerkannten zwar ausdrücklich das kleinbäuerliche Eigentum, doch ermöglichten einige ihrer Bestimmungen

\*1) Die „landwirtschaftliche Nutzfläche“ umfaßt Anbau-, Weide- und Brachland, die „Gesamtfläche“ darüber hinaus noch Wald- und Buschflächen (Marabú) und bebaute Flächen.

\*2) Mitte der sechziger Jahre waren allerdings nahezu sämtliche Bauern in einfachen Genossenschaften organisiert. 1967 zählten 2 849 „Bäuerliche Vereinigungen“ - eine Art Nachbarschaftshilfe - rund 140 000 Mitglieder und 1 301 Kredit- und Dienstleistungsgenossenschaften ca. 80 000 Mitglieder. Im Jahre 1979 wurden fast alle „Bäuerliche Vereinigungen“ - 1982 wurden noch 310 Einheiten gezählt - in Kredit- und Dienstleistungsgenossenschaften überführt (Pérez, 1983, S. 176-181).

Übersicht 1: Gesamtfläche nach Sektoren 1962 - 1983

Jahr	staatlich		genossenschaftlich		privat		insgesamt in 1000 ha
	in 1000 ha	in %	in 1000 ha	in %	in 1000 ha	in %	
1962 1)	3 903	43,0	- 3)	-	5 174	57,0	9 077
1963 1)	5 514	60,8	37	0,4	3 526	38,8	9 077
1965 2)	6 249	69,8	30	0,3	2 678	29,9	8 957
1975 1)	7 909	80,0	- 3)	-	1 971	20,0	9 880
1978	8 352 1)	80,8	26 4)	0,3	1 959 5)	18,9	10 337
1980 1)	8 451	81,1	213	2,1	1 754	16,8	10 418
1982 1)	8 771	(84,3)	691	(6,7)	(939)	(9,0)	(10 400)
1983 6)	(8 784)	(84,5)	856	(8,2)	760	(7,3)	(10 400)

1) Ende. - 2) Juli. - 3) Keine Angaben. - 4) März. - 5) Oktober. - 6) August.

Quelle: Anuario 1975, S. 53; Anuario 1982, S. 210/211; Aranda, 1968, S. 137, 147; CEE, 1981, S. 63/64; Domínguez, 1978, S. 449; Gómez, 1983, S. 4; Gutelman, 1970, S. 61/62, sowie eigene Berechnungen und Schätzungen (in Klammern).



die Übernahme bäuerlicher Betriebe durch den Staat. Neben dem Vorkaufsrecht des Staates bei Betriebsaufgabe ist vor allem das eingeschränkte Erbrecht zu nennen, demzufolge die Hinterbliebenen im Todesfall des Eigentümers das Erbe nur dann antreten können, wenn sie das Land künftig bearbeiten. Anderenfalls werden sie für den beweglichen Teil der Hinterlassenschaft entschädigt. Eine Verpachtung des Bodens an Dritte ist nicht gestattet\*3).

Der kubanische Staat machte von seinen rechtlichen und politischen Möglichkeiten zur Überführung kleinbäuerlichen Grundbesitzes in Staatsgüter ausgiebig Gebrauch und setzte die Agrarreform somit auf Kosten des Privatsektors gewissermaßen fort. Zwischen 1965 und 1983 wurde der Anteil des bäuerlichen Sektors an der Gesamtfläche fast halbiert; er ging von 30 auf schätzungsweise 15 % zurück. Läßt man die ab 1980 rasch zunehmende Fläche der Produktionsgenossenschaften, die in der kubanischen Statistik dem Privatsektor zugeschlagen wird, unberücksichtigt, so betrug der Anteil des Privatsektors im Jahre 1983 nur noch 7 bis 8 % (vgl. Übersicht 1).

2 Übergang zur Kollektivierung 1974 - 1977

Das von Che Guevaras Vision vom „Neuen Menschen“ getragene, kriegskommunistisch anmutende Mobilisierungsregime aus der Hälfte der sechziger Jahre wurde nach 1970 von neuen Institutionen und Mechanismen abgelöst\*4). Dieser als „Reorganisation“ oder „Institutionalisierung“ bezeichnete Prozeß bildete allmählich politische und gesellschaftliche Strukturen, die sich von denjenigen in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ nicht wesentlich unterscheiden.

In ökonomischer Hinsicht beabsichtigte die Regierung die Einführung eines Planungs- und Lenkungssystems sowjetischen Typs - in Kuba „System der Leitung und Planung der Wirtschaft“ genannt\*5) -, in das auch die bäuerliche Produktion einbezogen werden sollte. Der I. Parteikongreß erklärte in seiner Resolution „Über die Agrarfrage und die Beziehungen zur Bauernschaft“: „In Übereinstimmung mit den programmatischen Zielen setzen wir den Aufbau des Sozialismus in unserem Land fort. Seine Verwirklichung erfordert unter anderem die Überwindung jeder Art von Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftssystems mit ausschließlich gesellschaftlichen Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln“ (Resolución, 1976, S. 163).

Der Übergang zur Kollektivierung wurde in Reden, Artikeln und Resolutionen mit „objektiven“ Umständen begründet, die eine Überführung der bäuerlichen Betriebe in Produktionsgenossenschaften als unabdingbares Erfordernis der landwirtschaftlichen Entwicklung ausweisen sollten:

In demographischer Hinsicht wurde auf das Bevölkerungswachstum und auf die Überalterung der Bauernschaft hingewiesen. Beide Faktoren würden einander entgegenwirken. Während der erste eine Steigerung der Agrarproduktion durch eine bessere Nutzung des überwie-

gend fruchtbaren bäuerlichen Bodens erfordere, führe der zweite zu einer rückläufigen Bewirtschaftung der vorhandenen Nutzfläche. Diese ungünstige demographische Entwicklung werde durch die Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte noch verschärft.

In technischer Hinsicht sei der Einsatz moderner Technologien (z. B. Flugzeuge und Erntemaschinen) auf den bäuerlichen Parzellen ausgeschlossen.

Und schließlich führte man in ökonomischer Hinsicht an, daß der Staat nicht über die notwendigen Mittel verfüge, um über eine kostenlose Bereitstellung kompletter Neubausiedlungen die Bauern zu veranlassen - wie in der Vergangenheit teilweise geschehen -, ihre Flächen im Rahmen von Staatsgütern zu bewirtschaften\*6).

Produktionsgenossenschaften, so hieß es nun, seien ein geeignetes Mittel zur Überwindung dieser Schwierigkeiten. Sie sollen jene Flächen übernehmen, deren Bewirtschaftung aus Altersgründen, im Todesfall oder aus mangelndem Interesse von ihrem Besitzer aufgegeben werden. Mit Hilfe der Genossenschaft würden medizinische, kulturelle, sportliche und andere soziale Einrichtungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande bereitgestellt und somit die Abwanderung vor allem junger Menschen in die Städte aufgehalten. Die Zusammenlegung von Kleinflächen gestatte die Anwendung landwirtschaftlicher Großgeräte und erleichtere den Bau gemeinsamer Bewässerungsanlagen. Die Produktionsgenossenschaft ermögliche ferner die Anwendung agrochemischer Kenntnisse, neuer Anbau- und Viehhaltungsmethoden sowie Neuzüchtungen in der Tier- und Pflanzenproduktion. Zur Entlastung der staatlichen Organisations- und Investitionstätigkeit und vor allem des Arbeitskräftepotentials könnte die Produktionsgenossenschaft auch den Bau neuer Wohnungen, neuer Straßen und andere Bau- und Infrastrukturmaßnahmen übernehmen (Castro, 1974; Ramírez, 1975; o.V., 1976; Castro, 1977; Ramírez, 1977).

Seit Fidel Castro im Mai 1974 die Bauern erstmals aufgefordert hatte, über „höhere Formen“ ihrer Produktion nachzudenken (Castro, 1974, S.19), berichtet die kubanische Presse verstärkt über Genossenschaften in den übrigen sozialistischen Ländern. In der Zeitschrift des Kleinbauernverbandes ANAP häuften sich Artikel über den „Sieg des Kolchoswesens“, die durchweg aus der Feder osteuropäischer Autoren stammten. In einer Resolution über „Die Agrarfrage und die Beziehungen mit der Bauernschaft“ beschlossen die Delegierten des I. Parteikongresses der Kommunistischen Partei Kubas (17.-22. Dezember 1975) schließlich die Kollektivierung der kleinbäuerlichen Betriebe (Resolución, 1976). Nach Angaben des Parteiorgans „Granma“ war der Text der Resolution zuvor in 6 162 Grundorganisationen des Kleinbauernverbandes erörtert worden; ihm hätten insgesamt 212 000 Bauern zugestimmt, 901 hätten sie abgelehnt und 228 sich enthalten (Granma, 20.11.1975; Recarte, 1980, S.224).

Nach weiteren anderthalb Jahren Vorbereitung fand im Mai 1977 der V. ANAP-Kongreß, der den Kollektivierungsprozeß eröffnen sollte, statt. In Reden und Resolutionen wurde erklärt, daß ein genossenschaftlicher Zusammenschluß einen gangbaren und für alle Teile der Gesellschaft vorteilhaften Weg der Bauern zu einer fortschrittlichen Agrarproduktion darstelle. Damit wurde die Zurückhaltung gegenüber Produktionsgenossenschaften endgültig aufgegeben und mit der Schaffung sogenannter „Cooperativas de Producción Agropecuaria“ begonnen.

\*6) Zur Einbindung bäuerlicher Betriebe in Staatsgüter und staatliche Wirtschaftspläne vgl. Gey, 1984b.

\*3) Zu den Bestimmungen der kubanischen Agrargesetzgebung, einschließlich der hier nicht behandelten Entschädigungsregelung vgl. Fournier, 1977, S.72-96. Vgl. ferner Art. 14, 15, 20-22, 24 und 25 der kubanischen Verfassung sowie den Kommentar von Alvarez, 1981, S. 81-93, 104-120.

\*4) Zur guevaristischen Wirtschaftspolitik der Jahre 1966 bis 1970 und der anschließenden Reorganisation der Wirtschaft in der ersten Hälfte der siebziger Jahre vgl. Mesa-Lago, 1978, S. 1-61.

\*5) Zur Einführung des „Systems der Leitung und Planung der Wirtschaft“ ab 1976 vgl. Gey, 1984a.



Partei und Bauernverband stimmen darin überein, daß die bäuerliche Produktion unter keinen Umständen durch eine Verunsicherung der Produzenten gefährdet werden dürfe. In allen Dokumenten wird daher betont, daß trotz der großen Bedeutung, die die Partei dem Genossenschaftsgedanken beimißt, das Prinzip der Freiwilligkeit unbedingt beachtet werde. Wörtlich heißt es:

„Es ist notwendig, daß sich jeder Bauer absolut sicher fühlt, daß sein Wille respektiert wird. Dies muß der erste Grundsatz sein: den Bauern keinesfalls als einen Feind betrachten, im Gegenteil, ihn bitten, daß er produziert“ (Castro, 1977, S.358).

ANAP-Präsident Ramírez erinnerte daran, daß es nicht um die Zusammenlegung des Bodens einiger Kader, sondern um das Land der Bauern gehe, auf dem bereits die Großeltern der heutigen Eigentümer gelebt hätten. Die Kollektivierung, so Ramírez, könne daher nicht durch eine Kampagne begeisterter Kader zustande kommen, sondern bedürfe einer verantwortungsbewußten und gründlichen Vorbereitung (Ramírez, 1975, S. 28).

Obgleich von Castros Hinweis auf die Möglichkeit einer künftigen Kollektivierung bis zur ersten Neugründung einer Produktionsgenossenschaft über drei Jahre vergingen, kann von einer „verantwortungsbewußten und gründlichen Vorbereitung“ keine Rede sein. Erst sechseinhalb Jahre nach dem Kollektivierungsbeschluß des I. Kongresses der KPK verabschiedete die Nationalversammlung ein Gesetz zur Regelung des Genossenschaftswesens (Granma Resumen Semanal, 11.07.1982). Auf dem V. ANAP-Kongreß im Mai 1977 hatte Fidel Castro dazu die Ansicht vertreten, die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes bedeute nur Zeitverlust und nähme der Bewegung ihren „Schwung“ (Castro, 1977, S. 359/360).

Es ist somit anzunehmen, daß sich Gründung und Tätigkeit der Genossenschaften nach den Ausführungen des I. Parteitages richteten. In der „Resolution über die Agrarfrage und die Beziehungen zur Bauernschaft“ heißt es:

„Die Zusammenfassung von Einzelbetrieben in Produktionsgenossenschaften erfolgt durch einen freiwilligen Zusammenschluß der Bauern, die ihren Boden und ihre sonstigen Produktionsmittel einbringen. Der Beitrag jedes Genossenschaftsmitgliedes wird geschätzt und ratenweise ausgezahlt. Hierzu wird ein Teil der Genossenschaftseinkünfte verwendet. Außer diesen Zahlungen erhält jedes Genossenschaftsmitglied, Mann oder Frau, regelmäßige Einkünfte in Form von Vorauszahlungen und Dividenden, die der individuellen Arbeitsleistung nach Art und Menge und den jährlichen Einkünften der Genossenschaft entsprechen. Die Ländereien und Produktionsmittel der Genossenschaft bilden das unteilbare Vermögen der Gemeinschaft“ (Resolución, 1976, S. 165).

Bedeutend schwerer wiegt, daß der bäuerliche Sektor nicht die technisch-materiellen Voraussetzungen für eine genossenschaftliche Großproduktion aufweist. Nach Angaben des Bauernverbandes entfielen auf den Privatsektor (einschl. Kredit- und Dienstleistungsgenossenschaften) im Jahre 1973 lediglich 5 090 Traktoren sowie 1 272 Kleintransporter und Lastwagen. Die materielle Basis der Kollektivierung hätten demnach in erster Linie jene 152 762 Maultierkarren, die im Dezember 1972 gezählt wurden, abzugeben (Batista, 1975, S.22). Castros Äußerung aus dem Jahre 1977 (Kollektivierungsbeginn), in Zukunft würden jährlich 80 Traktoren zur Verfügung gestellt (Castro, 1977, S. 360), läßt vermuten, daß der Privatsektor in den Vorjahren eher eine niedrigere Anzahl erhielt und der Mechanisierungsgrad in den Jahren 1973 bis 1976 keine nennenswerte Steigerung erfuhr\*7). Indirekt wird dies von Ramírez bestätigt,

demzufolge der Viehbestand der Bauern sich zu einem großen Teil aus Arbeitstieren zusammensetzt (Ramírez, 1977, S. 36).

### 3 Verlauf der Kollektivierung 1977 bis 1984

Nach dem V. ANAP-Kongreß (1977) wurden zur Verwirklichung des Kollektivierungsbeschlusses eine Reihe organisatorischer Maßnahmen getroffen. Das Landwirtschaftsministerium und der Bauernverband bildeten noch im gleichen Jahr eine „Nationale Kommission“, die unter Berücksichtigung der „subjektiven und objektiven Faktoren“ über die Gründung einer Produktionsgenossenschaft entscheidet. Die Kommission kann sich in dieser Frage mit einer anderen beraten, die neben Vertretern der genannten Institutionen Mitarbeiter des Instituts für Naturalplanung einschließt. Aufgabe dieser Kommission ist die Bereitstellung von Angaben über Bodenbeschaffenheit, Niederschläge, Vegetation, Verkehrsverbindungen, Wohnungssituation und anderes mehr, die gegebenenfalls für die Entscheidung von Belang sind (o. V., 1977, S. 4/5).

Im Dezember 1977 fand das „Erste Nationale Aktivistentreffen der Kommissionen für Agitation und Propaganda“ statt. Sie waren bereits in der Vorbereitungsphase des I. Parteikongresses von der Nationalen Leitung der ANAP gegründet worden und entfalteten nun eine rege Tätigkeit zur Propagierung der Produktionsgenossenschaften (o. V., 1978, S.20/21). Gleichzeitig begann die Nationale Leitung der ANAP zur Verbreitung elementarer Kenntnisse auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens Lehrgänge für Mitglieder und Kandidaten von Genossenschaftsräten zu organisieren. Sie sollten vor allem ökonomische Grundkenntnisse vermitteln (Aymerich, 1978, S.24/25). Eine Reihe von Artikeln in der Zeitschrift „ANAP“ zu Fragen der Arbeitsnormierung und des betrieblichen Rechnungswesens dienten ebenfalls diesem Zweck (o. V., 1979, S. 30/31; Martín und Marín, 1980, S.30/31).

Bis März 1980 - knapp drei Jahre nach dem V. ANAP-Kongreß - wurden 833 Produktionsgenossenschaften mit rund 18 000 Mitgliedern und einer Fläche von ca. 125 000 ha neu gegründet (vgl. Übersicht 2). Wenige Monate vor dem II. Parteikongreß (Dezember 1980) erklärte das VII. Plenum des Nationalen Komitees der ANAP, Schwierigkeiten bei der Mittelbereitstellung dürften den Kollektivierungsprozeß nicht bremsen. Es sei Aufgabe der Genossenschaften, die in ihrem Besitz befindlichen Mittel auszuschöpfen. Gleichzeitig wurde eine verstärkte Fusion von Genossenschaften zur Herstellung größerer Einheiten gefordert. Die Nationale Leitung der ANAP stellte fortan jährliche Kollektivierungskennziffern auf, zu deren „Einhaltung“ und „Beschleunigung“ sie sich verpflichtete (o. V., 1980, S. 27/28).

Nach dem II. Parteikongreß wurde der Prozeß erheblich beschleunigt. Der Anteil der Produktionsgenossenschaften an der Gesamtfläche des privaten Agrarsektors stieg von 12 % im Dezember 1980 auf 24 % im Dezember 1981. Er nahm Anfang 1982 im Vorfeld des VI. ANAP-Kongresses (15.-17. Mai) - falls die offiziellen Angaben zutreffen - in wenigen Wochen auffallend rasch von 26 % (März) auf 35 % (Mai) zu. Anfang 1984 umfaßte die Fläche der Produktionsgenossenschaften bereits über die Hälfte des bäuerlichen Bodens (56 %). Die Durchschnittsgröße einer Produktionsge-

\*7) Eine Vernachlässigung des Privatsektors wird auch dadurch nahegelegt, daß von der Kreditsumme in Höhe von 295 Mill. Pesos, die die kubanische Nationalbank dem bäuerlichen Bereich zwischen 1972 und 1976 gewährte, nur 46 Mill. Pesos bzw. knapp 16 % für Investitionen vorgesehen waren (Ramírez, 1977, S. 37-38).

GEY: DIE KOLLEKTIVIERUNG  
 neusschaft wurde von d  
 1979 auf 58 ha erweitert  
 Sollte die Kollektivierun  
 men werden wie Anlag d  
 bäuerliche Sektor in der La  
 Fidel Castro annehm  
 schwanden sein.  
 4 Produktionsgenossensch  
 digkeit?  
 Die amerikanischen Maß  
 Berater der kubanischen  
 sechziger Jahre die Anso  
 schaft wurde in Kuba auf  
 des staatlichen Großbetrie  
 ben.  
 „Es ist jedoch nicht un  
 Theorie logisch über das  
 hinaus weitergeführt wer  
 ausgehen, daß die Modern  
 Staatssektors zu einem rati  
 für führt als im Privatsekt  
 m a n. 1971, S. 108/109  
 Mitte der sechziger Jah  
 schaftliche Überlegenhe  
 Produktionsbetriebe und  
 für die Kollektivierung d  
 stungsvergleich zwischen  
 von einer höheren Produk  
 Zeit keine Rede sein könn  
 Wie eine Berechnung d  
 Anlieferungsmerkmal  
 se und Erzeugnisgruppen  
 tors pro ha vor Beginn  
 ren 1975 bis 1977 zeigt, w  
 strebe deutlich die Ergeb  
 durchschnittlichen Abhän  
 waren - bezogen auf die  
 Knieen um 86,5 % höher.  
 Übersicht 3: Erträge un  
 1975-1984  
 Produkt 1975  
 Wurzeln und  
 Kollern\*\* S 42  
 P 92  
 Bananen S 15  
 P 142,8  
 Süßkartoffeln S 31  
 P 96  
 Mais S 22  
 P 50  
 Reis S 18  
 P 24  
 Bohnen S 9  
 P 10  
 Gemüse S 47  
 P 100  
 \* berücksichtigt wurden nur die  
 Quelle: berechnet nach An



nossenschaft wurde von ca. 150 ha in den Jahren 1977 bis 1979 auf 638 ha erweitert (vgl. Übersicht 2).

Sollte die Kollektivierung weiterhin so rasant vorgenommen werden wie Anfang der achtziger Jahre, so dürfte der bäuerliche Sektor in der Tat gegen Ende des Jahrzehnts, wie Fidel C a s t r o annimmt (C a s t r o, 1984, S. 3), verschwunden sein.

4 Produktionsgenossenschaften - eine „objektive Notwendigkeit“?

Die amerikanischen Marxisten Huberman und Sweezy - Berater der kubanischen Regierung - vertraten Ende der sechziger Jahre die Ansicht, die bäuerliche Parzellenwirtschaft werde in Kuba aufgrund der höheren Produktivität des staatlichen Großbetriebs bald verdrängt sein. Sie schrieben:

„Es ist jedoch nicht uninteressant zu bedenken, daß die Theorie logisch über das Verschwinden des Privatsektors hinaus weitergeführt werden kann. Wir müssen nur davon ausgehen, daß die Modernisierung und Technisierung des Staatssektors zu einem rascheren Wachstum der Produktivität führt als im Privatsektor“ (Sweezy und Huberman, 1971, S. 108/109).

Mitte der siebziger Jahre war der Glaube an die wirtschaftliche Überlegenheit großflächiger, kapitalintensiver Produktionseinheiten ungebrochen und das Hauptargument für die Kollektivierung der bäuerlichen Betriebe. Ein Leistungsvergleich zwischen den Sektoren zeigt jedoch, daß von einer höheren Produktivität der Staatsbetriebe zu dieser Zeit keine Rede sein konnte.

Wie eine Berechnung der durchschnittlichen Ablieferungsmengen \*8) ausgewählter Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen des staatlichen und privaten Sektors pro ha vor Beginn der Kollektivierung in den Jahren 1975 bis 1977 zeigt, übertrafen die kleinbäuerlichen Betriebe deutlich die Ergebnisse der Staatsgüter. Die jahresdurchschnittlichen Ablieferungsmengen des Privatsektors waren - bezogen auf die Anbaufläche - bei Wurzeln und Knollen um 86,5 % höher als diejenigen der Staatsbetriebe

(Kartoffeln: 24,1 %, Süßkartoffeln: 166,2 %, Malanga: 67,1 %). Bei traditionellen, arbeitsintensiven Erzeugnissen der Campesinos wie Gemüse und Bohnen - ein Grundnahrungsmittel der Kubaner - war die Überlegenheit der kleinbetrieblichen Produktion mit 133 bzw. 300 % überwältigend. Selbst in der Reisproduktion, die im staatlichen Bereich bereits Anfang der siebziger Jahre in Mammutbetrieben um 6 000 ha unter Einsatz von Agrarflugzeugen, modernen Mähdreschern und starker Düngung erfolgte (F o r s t e r, 1981/82, S.122), waren die Privaterzeuger klar überlegen (28,2 %) (vgl. Übersicht 3). Dabei ist in allen Fällen zu berücksichtigen, daß die tatsächlichen Produktionszahlen aufgrund des bäuerlichen Eigenverbrauchs und umfangreicher Schwarzmarktverkäufe noch über den hier berücksichtigten Ablieferungsmengen lagen.

Fünf Jahre (1980-1982) später sind die flächenbezogenen Ablieferungsmengen des Privatsektors - mit Ausnahme von Kartoffeln - drastisch gesunken. Welche Ursachen für diesen Rückgang verantwortlich sind - z. B. eine Benachteiligung der Bauern bei der Versorgung mit Vorleistungen, um sie zum Eintritt in Produktionsgenossenschaften zu veranlassen; oder eine niedrigere Leistungsfähigkeit der Produktionsgenossenschaften, deren Ergebnisse dem Privatsektor zugerechnet werden, war Anfang der achtziger Jahre nicht festzustellen. Der Staatssektor hatte die flächenbezogenen Ablieferungsmengen des Privatsektors von 1975 bis 1977 ein Jahr fünf später dennoch nur bei einigen Erzeugnissen erreicht (Reis) bzw. übertroffen (Kartoffeln, Malanga). Bei Gemüse waren die Staatsgüter auch 1980-82 den bäuerlichen Betrieben noch unterlegen (vgl. Übersicht 3).

\*8) Das Statistische Jahrbuch 1982 gibt rückwirkend Produktionszahlen insgesamt und nach Sektoren an. Obgleich Produktions-schätzungen den Eigenverbrauch und Schwarzmarktverkäufe berücksichtigen müßten, werden die Produktionsmengen des Privatsektors 1975-1977 jedoch von den Ablieferungsmengen übertroffen (A n u a r i o 1982, S. 224, 299/300). Da die Ablieferungsmengen (im Gegensatz zu den Produktionszahlen) in der Vergangenheit von den staatlichen Beschaffungsorganen regelmäßig erfaßt und in den Statistischen Jahrbüchern ausgewiesen wurden, wird die Leistungsfähigkeit der Sektoren im Text nach den flächenbezogenen Ablieferungsmengen beurteilt.

Übersicht 3: Erträge ausgewählter Erzeugnisse und Erzeugnisgruppen des staatlichen (S) und privaten (P) Sektors 1975 - 1982 (in 100 kg/ha)\* und Veränderung (in %) in Klammern

Produkt		1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	Jahresdurchschnitte		
										1975-'77	1980-'82	
Wurzeln und Knollen **	S	42,2	44,9	48,9	63,3	52,7	59,8	62,5	47,6	45,3	56,6	(+24,9)
	P	92,7	118,7	42,2	39,4	33,5	34,9	34,8	25,8	84,5	31,8	(-62,4)
darunter: Kartoffeln	S	115,8	129,2	105,6	153,7	133,9	143,8	145,8	151,4	116,9	147,0	(+25,7)
	P	141,8	164,0	129,4	222,0	121,7	183,2	194,7	151,9	145,1	176,6	(+21,8)
Süßkartoffeln	S	31,6	31,1	32,3	24,1	29,7	43,5	37,9	25,5	31,7	35,6	(+12,3)
	P	96,9	121,5	34,7	29,1	22,3	30,9	30,2	19,8	84,4	27,0	(-68,0)
Malanga	S	32,2	26,1	43,8	76,4	52,8	77,4	81,9	40,1	34,0	66,5	(+95,6)
	P	50,0	81,4	38,9	39,7	41,1	35,0	24,2	18,2	56,8	25,8	(-54,6)
Reis	S	18,6	20,2	21,8	23,1	21,8	24,3	23,2	25,6	20,2	24,4	(+20,8)
	P	25,4	26,8	25,4	17,6	14,2	19,1	18,7	17,1	25,9	18,3	(-29,3)
Bohnen	S	2,0	1,5	0,9	1,0	0,5	1,4	1,1	1,3	1,5	1,3	(-13,3)
	P	9,8	7,3	0,8	1,0	0,9	1,0	0,8	1,3	6,0	1,0	(-83,3)
Gemüse	S	42,5	39,7	28,2	28,8	36,1	44,0	60,8	39,6	36,8	48,1	(+30,7)
	P	100,5	104,1	53,0	54,7	49,1	61,4	77,0	58,8	85,9	65,7	(-23,5)

\* Berücksichtigt wurden nur die an die staatliche Aufkauforganisation „Acopio“ abgelieferte Mengen. - \*\* Einschl. Maniok und Name.

Quelle: Berechnet nach Anuario 1982, S. 217/218, 299/300.



Bemerkenswert ist, daß die Privatbetriebe auch in der Zuckerrohrlandwirtschaft mit deutlich geringerer Faktoreinsatzmenge eine höhere Flächenproduktivität als die Staatsgüter erzielten. Zuckerrohr ist die einzige Kultur, zu der das Statistische Jahrbuch für beide Sektoren aufgeschlüsselte Daten zu den eingesetzten Vorleistungen ausweist\*9). Ihnen ist zu entnehmen, daß zwischen 1971 und 1980 in der staatlichen und privaten Zuckerrohrlandwirtschaft annähernd die gleiche Menge Mischdünger pro ha eingesetzt wurde. Demgegenüber verwendeten die Staatsgüter 1971-1975 durchschnittlich die doppelte Menge und 1976-1980 immer noch 75 % mehr Stickstoffdünger als die Privatbetriebe. Bei der Bewässerung vergrößerte sich der Vorsprung des Staatssektors weiter: Der Anteil der bewässerten Anbaufläche betrug hier im Jahre 1971 16,3 % und im Jahre 1980 21,7 % gegenüber 6,4 % bzw. 8,2 % im Privatsektor. Zudem weisen die statistischen Angaben für das vergangene Jahrzehnt auf den Staatsflächen einen vier- bis fünfmal intensiveren Maschineneinsatz aus (Forster, 1981/82, S.119; Anuario 1980, S. 68,71). Trotz des niedrigeren Kapitaleinsatzes lagen die Flächenerträge der bäuerlichen Produktion 1971-1975 durchschnittlich um 7,8 % und 1976-1980 sogar um 14,9 % über denjenigen der Staatsfarmen (vgl. Übersicht 4).

Die in der Vergangenheit höhere Flächenproduktivität des Privatsektors schließt nicht aus, daß dieser Bereich in absehbarer Zeit aus demographischen und strukturellen Gründen die Grenze seiner Entwicklungsfähigkeit erreicht. Die Frage ist nur, ob angesichts eines niedrigen Mechanisierungsgrades und überwiegend arbeitsintensiver Kulturen des bäuerlichen Sektors einerseits und zu beobachtender "diseconomies of scale" kubanischer Großbetriebe andererseits ein beschleunigter Übergang zu Produktionsgenossenschaften ein Ausweg ist. Die Antwort der politischen Führung besteht gegenwärtig darin, die Produktionsgenossenschaften in ein günstiges Licht zu rücken.

Mitte 1980 wurde erstmals etwas über die Wirtschaftlichkeit von Produktionsgenossenschaften gesagt. Eine Untersuchung von 186 ausgewählten Genossenschaften - etwa einem Fünftel der Gesamtzahl (vgl. Übersicht 2) - zufolge betragen die Produktionskosten pro Peso 69 Centavos (1 Peso = 100 Centavos) (Martín, 1980, S.74/75). In späteren Veröffentlichungen wurde sogar von durchschnittlichen Produktionskosten in Höhe von 70 Centavos pro Peso gesprochen, mit anderen Worten, der Hinweis auf die Untersuchungsgrundlage wurde stillschweigend fallengelassen (o. V., 1981a; o. V. 1981b, S.36). 1981 lagen die Durchschnittskosten der Produktionsgenossenschaften - nur etwas mehr als die Hälfte legten überhaupt einen Jahresabschluß vor - mit 63 Centavos pro Peso noch niedriger (Ramírez, 1982, S.4). Bis März 1983 hatten 723 Genossenschaftsbetriebe einen Rechenschaftsbericht für 1982 vorgelegt. Wie schon 1980 betragen die durchschnittlichen Produktionskosten pro Peso 69 Centavos. (Ramírez, zitiert nach: Granma Resumen Semanal, 5.6.1983, S. 3).

Eine derartige Rentabilität ist jedoch unwahrscheinlich. Die kubanische Wirtschaft war bis Mitte 1980, wie offiziell eingeräumt wurde, nicht imstande, den Produktionsgenossenschaften die zur Steigerung der Arbeitsproduktivität notwendige technisch-materielle Unterstützung zu gewähren (o. V., 1980 S.27/28). Es ist nicht anzunehmen, daß die Bereitstellung von Inputs mit der Beschleunigung des Kollektivierungstempos im Verlauf des Jahres 1980 noch im gleichen Maße Schritt halten konnte wie zuvor. Auch wurde in der Presse von einer Resolution des Politbüros der Kommunistischen Partei Kubas berichtet, in der eingeräumt wird, daß zahlreiche Produktionsgenossenschaften in der Ausarbeitung ihrer Wirtschaftspläne, in der Bodennutzung, in der Bilanzaufstellung, in der Produktionsorganisation und Arbeitsnormierung sowie bei der Lösung sozialer Probleme der Mitgliederkollektive Mängel aufweisen (Granma, 29.4.1983).

**5 Resümee**

Die kubanische Presse äußert sich über die Kollektivierung des kleinbäuerlichen Sektors - abgesehen von einigen kritischen Andeutungen - überschwänglich. Die offiziellen Stimmen - das Parteiorgan „Granma“ und die Zeitschrift des Kleinbauernverbandes „ANAP“ - sowie verschiedene Parteierklärungen und -resolutionen beteuern die Einhaltung des Grundsatzes absoluter Freiwilligkeit und behaupten eine hohe Wirtschaftlichkeit der neuen Betriebsform. Ist die Bildung von Produktionsgenossenschaften in Kuba ein gelungenes gesellschaftliches und ökonomisches Experiment?

Bedauerlicherweise liegen keine Informationen über Maßnahmen und Verlauf des Kollektivierungsprozesses in concreto vor. Auch ein Aufenthalt des Verfassers in Kuba Ende 1983 war diesbezüglich wenig ergiebig. Die kritische Auswertung kubanischer Quellen läßt jedoch zweifeln, daß die Bauern durchweg aus freien Stücken in Produktionsgenossenschaften eintraten. Die Aufstellung von Kollektivierungsquoten oder -kennziffern verstärkte gewiß die Neigung politischer Kader, den Grundsatz der Freiwilligkeit nicht so genauzunehmen, zumal angestrebt wurde, die Vorgaben noch zu übertreffen. Die Verheißungen der Regierung, die Produktionsgenossenschaften böten die Möglichkeit erheblicher Produktionssteigerungen und spürbarer Verbesserungen des ländlichen Lebens, dürften kaum ausreichen, die Kleinbauern zur Aufgabe ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit zu veranlassen.

In wirtschaftlicher Hinsicht konnte von der Notwendigkeit einer Überführung der bäuerlichen Klein- in genossenschaftliche Großbetriebe keine Rede sein. Der private Bereich zeigte in der Vergangenheit entgegen den Erwartungen der Regierung trotz niedriger Agrarinputs selbst in der

\*9) Im folgenden Abschnitt wurden einige Ergebnisse der Untersuchung von N. Forster (1981/1982) übernommen und aktualisiert.

Übersicht 4: Inputs und Erträge der staatlichen und privaten Zuckerrohrlandwirtschaft (Jahresdurchschnittlich 1971 - 1975 und 1976 - 1980)

Jahresdurchschnitt	Mischdünger				Stickstoffdünger				Bewässerung		Ertrag	
	in % der Fläche		in kg/ha		in % der Fläche		in kg/ha		in % der Fläche		in t/ha	
	staatl.	priv.	staatl.	priv.	staatl.	priv.	staatl.	priv.	staatl.	priv.	staatl.	priv.
1971-1975	76,6	80,2	288	285	28,7	13,0	45,6	21,0	13,5	6,2	42,2	45,5
1976-1980	75,3	75,8	274	266	66,0	43,5	123,2	70,2	19,1	7,3	50,4	57,9

Quelle: Forster, 1981/82, S. 120 sowie berechnet nach Anuario 1975, S. 72 und Anuario 1980, S. 68, 69, 71.

GEY: DIE KOLLEKTIVIERUNG...  
 Zuckerrohrlandwirtschaft...  
 durch die Verbot einer...  
 Die kubanische...  
 durch die Verbot einer...  
 Die Notwendigkeit...  
 Wenn unser Land...  
 Zusammenfassung...  
 Der vorliegende Beitrag...  
 The collectivization of small farms...  
 The present study traces...  
 explains the initial...  
 purposes to summarize...  
 cooperative system...  
 of collectivization...  
 and private output...  
 before 1975-1977...  
 is applied to test...  
 production cooperatives...



Zuckerrohrlandwirtschaft eine deutlich höhere Flächenproduktivität als die kapitalintensiven, großflächigen Staatsbetriebe. Bei den arbeitsintensiven Kulturen war der Produktivitätsvorsprung der Kleinproduzenten besonders hoch und dürfte für die Genossenschaften - falls man nicht zu erheblichen Zugeständnissen an die Genossenschaftsmitglieder in Form privater Produktions- und Vermarktungsmöglichkeiten bereit ist - auch auf lange Sicht unerreichbar sein.

Die kubanische Staats- und Parteiführung blockierte durch das Verbot einer privaten Anschaffung von Traktoren und landwirtschaftlichem Großgerät jahrzehntelang die Investitionsbereitschaft des bäuerlichen Sektors. Die dadurch verhinderte Mechanisierung muß nun durch staatliche Investitionen nachgeholt werden, um die genossenschaftlichen Großbetriebe mit den erforderlichen Betriebsmitteln auszurüsten. Eine Ausdehnung mechanisierter Produktionsabläufe wird allerdings das in den siebziger Jahren entstandene Problem der Unterbeschäftigung des Arbeitskräftepotentials verschärfen und den Energiebedarf des nahezu vollständig auf Erdöleinfuhren angewiesenen Landes erhöhen (Gey, 1983).

Die Notwendigkeit einer Überführung der bäuerlichen Klein- in genossenschaftliche Großbetriebe ist aus ökonomischer Sicht unerfindlich. Ausschlaggebend dafür, daß die Kollektivierung dennoch vorangetrieben wird, ist offenkundig die ideologische Grundhaltung der politischen Führung, derzufolge eine planmäßige Lenkung des Wirtschaftsgeschehens nur dann gewährleistet ist, wenn alle Wirtschaftseinheiten des Landes als Staatsbetriebe oder Produktionsgenossenschaften unter staatlicher Aufsicht stehen:

„Wenn unser Land in Staatsbetriebe und Genossenschaften organisiert ist, dann läßt sich der Handel mit 1 500 oder 2 000 Genossenschaften perfekt organisieren. Mit 150 000 verstreuten Kleinbauern ist dies nicht möglich. Aber wenn es 1 500 Genossenschaften plus soundso viel Staatsgüter gibt, dann kann man alle Genossenschaftsvorsitzende in einem Theater wie diesem versammeln und drei Tage, zehn Tage alles diskutieren: Produktionspläne, Mangelprodukte, den Preis, die Politik“ (Castro, 1982, S.76).

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag schildert die Ausdehnung des Staatssektors nach Abschluß der Agrarreform zwischen 1965 und 1983 in Kuba und erläutert den anfänglichen Verzicht auf eine Kollektivierung des verbliebenen Privatsektors. Anschließend werden die in den Jahren 1974-1977 vorgetragenen Gründe für die nun als notwendig angesehene Kollektivierung zusammengefaßt und die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften 1977-1983 dargestellt. Ein Vergleich der flächenbezogenen Ablieferungsmengen des staatlichen und des privaten Sektors unmittelbar vor Beginn (1974-1977) und nach Beschleunigung (1980-1982) des Kollektivierungsprozesses gibt Aufschluß darüber, ob die Überführung der bäuerlichen Betriebe in Produktionsgenossenschaften tatsächlich eine „objektive Notwendigkeit“ darstellt, wie von offizieller Seite behauptet wird.

The collectivization of small land owners in Cuba

The present study traces the expansion of the state sector after the end of the agrarian reform between 1965 and 1983 in Cuba and explains the initial rejection of production cooperatives. It then goes on to summarize the arguments for the transition to the cooperative system presented in 1974-1977 and outlines the process of collectivization 1977-1983. A comparative analysis between state and private output delivered to the state collection agency right before (1975-1977) and after the acceleration of the collectivization is supposed to test the argument stated by Cuban officials that production cooperatives are an "objective requirement".

Literaturverzeichnis

Alvarez Tabío, F.: Comentarios a la Constitución Socialista. - La Habana 1981.

Aranda, S.: La revolución agraria en Cuba. - México 1968.

Aymerich, R.: Un adecuado sistema de dirección de la economía en las cooperativas. - In: ANAP (1978), H. 1, S. 24/25.

Aymerich, R.: Celebrado el XI. pleno de la ANAP. - ANAP (1982), H. 4, S. 28/29.

Batista, C.: 16 años de fructíferas transformaciones. - ANAP (1975), H. 5, S. 20-25.

Castro, F.: Discurso en el acto celebrado por el aniversario de la muerte del mártir campesino Niceto Pérez, 17.05.1974. - ANAP (1974), H. 6, S. 8-21.

Castro, F.: Rede vor dem V. ANAP-Kongreß (17.05.1977). - Discursos, Bd. III, La Habana 1979, S. 337-371.

Castro, F.: Discurso al VI. Congreso de la ANAP (15.05.-17.05.1982). - Bohemia, Nr. 22 v. 28.05.1982, S. 68-79.

Castro, F.: Discurso en el acto de la clausura del XV. Congreso de la CTC. - Granma Resumen Semanal v. 11.3.1984, S. 3-5.

CEE (Comite Estatal de Estadísticas (Hrsg.)): Anuario Estadístico de Cuba. - La Habana 1975, 1980, 1982.

CEE (Hrsg.): Cuba. Desarrollo economico y social durante el período 1958-1980. - La Habana 1981.

Domínguez, J.: Cuba. Order and Revolution. - Cambridge und London 1978.

Forster, N.: Cuban Agricultural Productivity: A Comparison of State and Private Farm Sectors. - Cuban Studies 11 (1981/82), Nr. 2 und 12, Nr. 1, S. 105-125.

Fournier, A.: El nuevo derecho agrario de Cuba. - Revista de Ciencias Jurídicas, Costa Rica (1977), H. 31, S. 72-96.

Gey, P.: Kubas Wirtschaft zwischen Ost und West. Binnen- und außenwirtschaftliche Aspekte. - Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 47. Köln 1983.

Gey, P.: Planwirtschaft in Kuba. - Beitrag zum Symposium „Sozialismus und Industrialisierung. Die Wirtschaftssysteme Polens, Chinas, Jugoslawien und Kubas im Vergleich“. Frankfurt am Main, 6.-8. Juli 1984 a.

Gey, P.: Die Stellung des bäuerlichen Sektors in der kubanischen Wirtschaft. - In: Bergmann, Th., Gey, P. und Quaisser, W. (Hrsg.): Sozialistische Agrarpolitik. Vergleichs- und Einzelstudien zur agrarpolitischen Entwicklung in der Sowjetunion, in Polen, Ungarn, China und Kuba. Köln 1984 b.

Gómez, O.: Sobrepasa la cooperativización el cincuenta por ciento de las tierras de campesinos. - Granma Resumen Semanal v. 28.8.1983, S. 4.

González, J.: El 6to. Congreso y el avance del movimiento cooperativo. Entrevista al miembro suplente del Buró Político del Partido y presidente de la ANAP, José Ramírez Cruz. - ANAP (1982), H. 5, S. 4/5.

Granma (Tagesausgabe) und Granma Resumen Semanal (Wochenausgabe); Offizielles Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, La Habana.

Gutelman, M.: La agricultura socializada en Cuba. Enseñanzas y perspectivas. - México 1970.

Leiva, Ch.: La ANAP le ha dado un apoyo valiosísimo al Partido. - ANAP (1981), H. 3, S. 26/27.

Martín Barrios, A.: Tres años del movimiento cooperativo. - ANAP (1980), H. 5-6, S. 74/75.

Martín, A. und Marín, N.: Sistema de contabilidad para las CPA. - ANAP (1980), H. 12, S. 30/31.

Mesa-Lago, C.: Cuba in the 1970s. Pragmatism and Institutionalization. - Albuquerque 1978.

o. V.: Algunas Resoluciones de Pleno del Comité Nacional de la ANAP de los días 25, 26 y 27 de febrero de 1976. - ANAP (1976), H. 3, S. 36-39.



o. V.: Cooperativización. Énfasis durante el año de la esfera de producción. - ANAP (1977), H. 12, S. 4/5.  
 o. V.: Celebrado el 1er Activo Nacional de las CAP (Comisiones de Agitación y Propaganda). - ANAP (1978), H. 2, S. 20/21.  
 o. V.: La normación del trabajo. - ANAP (1979), H. 2, S. 30/31.  
 o. V.: VII. Pleno del Comité Nacional de la ANAP. Resolución sobre el estado de cumplimiento de los acuerdos del V. Congreso Campesino. - ANAP (1980), H. 8, S. 27-29.  
 o. V.: Parte del informe central al Segundo Congreso del Partido referido a la organización campesina. - ANAP (1981 a), H. 2, o. S.  
 o. V.: 20 años de la constitución de la ANAP. - ANAP (1981 b), H. 5, S. 34-37.  
 o. V.: Desde el Quinto hasta el Sexto. - ANAP (1982), H. 5, S. 34-38.  
 P é r e z L u j a n , O. C.: Las Cooperativas de Crédito y Servicios. Su papel en la comercialización de la producción secundaria y excedente. - Economía y Desarrollo (1983), H. 74, S. 172-191.  
 R a m í r e z , J.: Palabras en la sesión de clausura del Pleno Nacional de la ANAP, celebrado los días 24 y 25 de marzo de 1975. - ANAP (1975), H. 5, S. 26-33.

R a m í r e z , J.: Síntesis del informe central al V. Congreso Campesino. - ANAP (1977), H. 7, S. 28-43.  
 R a m í r e z , J.: El 6to Congreso y el avance del movimiento cooperativo. Entrevista al miembro suplente del Buró Político del Partido y presidente de la ANAP, compañero José Ramírez Cruz. - ANAP (1982), H. 5, S. 4/5.  
 R e c a r t e , A.: Cuba: economía y poder (1959-1980). - Madrid 1980.  
 Resolución: Sobre la cuestión agraria y las relaciones con el campesinado. - Economía y Desarrollo (1976), H. 36, S. 160-167.  
 R o d r í g u e z , C. R.: Die kubanische Revolution und die Bauernschaft. - Probleme des Friedens und des Sozialismus. Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information. (Prag 1965), H. 10, S. 809-819.  
 R i t t e r , A.: The Economic Development of Revolutionary Cuba. Strategy and Performance. - New York. 2. Aufl. 1975.  
 S w e e z y , P. und H u b e r m a n , L.: Sozialismus in Kuba. - Frankfurt am Main 1971.  
 V a l d e z P a z , J.: El proceso de colectivización rural en Cuba. - Estudios del Tercer Mundo (México 1980), H. 1, S. 121-140.

## Anmerkungen zu einer Denkschrift der Evangelischen Kirche zur Agrarpolitik

Prof. Dr. G. S c h m i t t , Göttingen\*)

### I

Unter dem Schlachtenlärm um die „Wende“ in der europäischen Agrarpolitik ist offensichtlich eine Stellungnahme zu dieser Agrarpolitik untergegangen, die die Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für soziale Ordnung unter Mitwirkung zahlreicher Sachverständiger verfaßt und das Kirchenamt im Auftrage des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland herausgegeben hat (Kirchenamt, 1984). Ein solches Schicksal hat diese „Denkschrift“ gewiß nicht verdient. Jedenfalls wäre dies zu bedauern, auch weil sie nicht ohne weiteres mit dem Hinweis abgetan werden kann, sie sei nur eine weitere der vielen Erklärungen und Stellungnahmen zur Agrarpolitik, wie sie in den letzten Jahren von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen immer wieder abgegeben werden, um deren Interessen an dieser oder jener Stelle der Agrarpolitik zu betonen - Stellungnahmen, über die hinweg man meist rasch zur Tagesordnung zurückkehren konnte. So leicht haben es sich die Verfasser nicht gemacht: Der Ernst, mit dem hier die Argumente gewogen werden, erheischt Respekt, vor allem aber das Bemühen, das Pro und Contra der Agrarpolitik in einen umfassenden gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen und zugleich in Verbindung mit Forderungen zu bringen, die sich aus christlicher Ethik ableiten lassen. Insofern muß wohl auch die Hoffnung bekräftigt werden, „daß diese Denkschrift einen fruchtbaren Beitrag dazu leistet, die Gewissen zu schärfen, gegenseitiges Verständnis in der Diskussion zu wecken und Entscheidungshilfen für die großen Herausforderungen zu geben“, wie sie Eduard L o h s e , der Rats-Vorsitzende der EKD, in seinem Vorwort zum Ausdruck bringt.

Ob diese Denkschrift diesem hohen Anspruch, Entscheidungshilfen zu leisten, genügt, das soll im folgenden geprüft werden. Der Apell an das Gewissen und die Aufforderung zum gegenseitigen Verständnis, insbesondere, wenn dieses Verständnis auch das Verstehen der Sachzusammenhänge einschließt - und die Denkschrift läßt hieran keinen Zweifel, wenn sie betont, daß „eine Entscheidung nur im

Hin und Her zwischen theologischen und durch Sachanalyse geleiteten Erwägungen gewonnen werden kann“ (S. 37) - scheint jedenfalls dringend geboten. Auch die öffentliche Diskussion um Landwirtschaft und Agrarpolitik, so wie sie in der jüngsten Zeit in diesem Lande geführt wird, ist immer stärker in das Fahrwasser emotional aufgeladener, ideologisch eingefärbter, von weltfremden Forderungen und pauschalen Verdächtigungen geleiteter Vorstellungen geraten, die es den Stimmen von Vernunft und Sachverstand immer schwerer machen, sich Gehör zu verschaffen. Das gilt gewiß nicht allein für Landwirtschaft und Agrarpolitik und hier wie dort hat die Evangelische Kirche nicht immer eine besonders glückliche Rolle gespielt, wenn man etwa an entwicklungs- und agrarpolitische Weisheiten denkt, die „Brot für die Welt“ unverdrossen verbreitet.

### II

Allerdings tut sich auch diese Denkschrift recht schwer, aus der christlichen Ethik, so wie sie hier verstanden wird, konkrete Handlungsanweisungen für (agrar-)politische Entscheidungen abzuleiten. Die Berufung auf die frühere Denkschrift der EKD „Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen“, wonach „die eigentliche Intention der biblischen Aussagen in der Konfrontation mit der Gegenwart erkennbar wird, und die gegenwärtige Lage wiederum der Erhellung in der Konfrontation mit der biblischen Aussage bedarf“ (S. 37) läßt zwar den Auftrag des Christen erkennen, sich in seinen Handlungen und Entscheidungen an der christlichen Botschaft zu orientieren, aber diese will, kann und darf nicht eine Handlungsanweisung sein, die konkrete politische Entscheidungen vorwegnimmt: Daß sie es nicht will, mag umstritten sein, daß sie es nicht vermag, zeigt gerade wieder diese Denkschrift, und daß sie es nicht darf, gebieten die Grundsätze der politischen Ordnung, der wir uns aus guten Gründen verschrieben

\*) Arbeit aus dem Institut für Agrarökonomie der Georg-August-Universität Göttingen.